

Integration und Vielfalt neu denken und gestalten.

Positionspapier der BST zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland

1. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die späte Anerkennung dieser Wirklichkeit hat Integration jahrzehntelang erschwert und die positiven Wirkungen von Einwanderung beeinträchtigt. Die kulturelle und ethnische Vielfalt ist aber eine Chance für unser Land, die so gestaltet werden muss, dass sich Potenziale entfalten können und der Zusammenhalt gefestigt wird.
2. Deutschland, das mittlerweile auch ein Auswanderungsland geworden ist, braucht weitere Einwanderung wegen des demographischen Wandels und des drohenden Fachkräftemangels. Sie muss gesteuert werden, wobei – bei aller notwendigen Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen im globalen Wettbewerb um Talente – Humanität der Maßstab ist. Deutschland muss qualifizierte Zuwanderung fördern und dabei offen bleiben für Flüchtlinge und Asylbewerber. Im europäischen Verbund müssen intelligente Steuerungssysteme entwickelt und humanitäre Antworten auf die Problematik illegaler Migration gefunden werden.
3. Der gesellschaftliche Zusammenhalt im Land basiert auf einem dynamischen Prozess des gegenseitigen Entgegenkommens von Einheimischen und Einwanderern. Integration ist erfolgreich, wenn sie zur gleichberechtigten Teilhabe in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft führt auf der Wertegrundlage unserer Verfassung.
4. Sprache, Bildung und Arbeit sind zentrale Voraussetzungen für Integration. Dabei ist Arbeit der beste Weg zu einem aktiven und selbstbestimmten Leben und zur gleichberechtigten Teilhabe in Wirtschaft und Gesellschaft.
5. Die Weichen für Teilhabe werden im Bildungssystem gestellt. Bildung ist der Schlüssel zu erfolgreicher Integration. Deshalb muss die bestehende Benachteiligung von Zuwanderern im Bildungssystem überwunden werden.
6. Über die strukturelle Teilhabe in den Bildungs-, Arbeits- und Sozialsystemen hinaus muss in der Gesellschaft auch das Zugehörigkeitsgefühl von Zuwanderern gefördert werden. Dazu brauchen wir gegenseitige Toleranz und die Wertschätzung des Beitrages der Zuwanderer und ihrer Organisationen durch die Aufnahmegesellschaft. Zentral für Zugehörigkeit ist ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht, das auch doppelte Staatsbürgerschaften zulässt und die politische Partizipation von Zuwanderern fördert. Die relativ geringen Einbürgerungszahlen in Deutschland müssen dringend gesteigert werden.
7. Das Zusammengehörigkeitsgefühl von Einheimischen und Zuwanderern als Fundament der Integration braucht eine neue deutsche Identität, die nicht einfach staatlich verordnet werden kann. Ein neues „Wir-Gefühl“ entsteht, wenn Einheimische und Einwanderer die Herausforderungen des Zusammenlebens gemeinsam bewältigen und sich weniger an der unterschiedlichen Herkunft, sondern vielmehr an der gemeinsamen Zukunft orientieren. Die Kommunen sind die zentralen Orte für Integration.
8. Der Islam ist ein Teil Deutschlands und kann – wie Christentum und Judentum – einen wichtigen Beitrag leisten zum friedlichen Zusammenleben der Menschen in Deutschland. Dazu muss der Islam auf der Grundlage eines eindeutigen Bekenntnisses zu den Grundwerten unserer Verfassung mit den christlichen Konfessionen und dem Judentum in Deutschland gleichgestellt werden.
9. Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit müssen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft präventiv verhindert und konsequent bekämpft werden. Wir brauchen eine aktive Gleichstellungspolitik, die Menschen mit Migrationshintergrund in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft fördert und ihr Potenzial anerkennt.
10. Deutschland muss für seine Zukunftsfähigkeit eine „Kultur des Willkommens“ entwickeln, die die Integration der bereits im Land lebenden Zuwanderer und ihrer Kinder vertieft, den Zusammenhalt in der Gesellschaft festigt und neue Zuwanderer anzieht.